

Diskussion ums Feuerwehrgerätehaus

In der jüngsten Sitzung des Schillingsfürster Stadtrates ging es um den Neubau und die Kostenberechnung

SCHILLINGSFÜRST (vra) – In der letzten Stadtratssitzung der abgelaufenen Amtsperiode ging es in Schillingsfürst erneut um das Feuerwehrgerätehaus. Andre Schulz vom Ingenieurbüro Döllinger informierte die Stadträte, die abschließend einen Beschluss über die Kostenberechnung und Entwurfsplanung fassten.

Aus den ursprünglich maximal 3,3 Millionen Euro veranschlagten Kosten für das neue Feuerwehrgerätehaus wird nichts. Das zeigte sich schon kurze Zeit nach den ersten Ausführungen Schulz'. „Wir befinden uns im besten Fall bei mittlerweile rund 3,5 Millionen Euro“, erklärte der Gast den Gremiumsmitgliedern.

Schulz hatte zwei Ausführungen der Kostenberechnung für das neue Gebäude dabei: eine für den Fall, dass die durch den Aushub hervorbrachte Erde auf dem Gelände verwendet werden darf – und eine, falls diese Erde entsorgt werden muss. „Die Kosten lägen im Fall der möglichen Wiederverwendung bei den besagten 3,5 Millionen Euro“, so Schulz.

Falls die Erde nicht mehr verwendet werden dürfe, stiegen die Kosten um etwa 250000 Euro – die allein für die Entsorgung notwendig werden würden. „Dann wären wir bei etwa 3,8 Millionen Euro.“ Ob die Erde wiederverwertbar sei oder entsorgt werden müsse, hänge vom Landratsamt ab.

Helmut Schurz (Freie Wählerge-

meinschaft) regte an, mit der Behörde entsprechende Gespräche zu führen: „In Schillingsfürst und Umgebung sind von Natur aus schon öfter überhöhte Blei- und Zinkwerte festgestellt worden. Darauf sollten wir hinweisen, denn es wäre grotesk, die Erde wegfahren zu müssen.“

Einsparungen von Kosten als Möglichkeit

CSU-Stadtrat Petar Tanevski hingegen plädierte für mögliche Einsparungsmaßnahmen, da die Kosten mittlerweile deutlich über der Planung lägen. Sein Gremiums-kollege Stefan Sterner (SPD), der gleichzeitig das Amt des Kommandanten der Schillingsfürster Feuerwehr inne hat, gab zu bedenken,

dass die Ausschreibung dafür „der richtige Zeitpunkt“ wäre. Für Hans-Peter Knoll (CSU) sei ein weiteres „Rausschieben nicht gut“. Es sei schon „so viel gesagt worden und bei jedem Quartal, dass wir abwarten, ändert sich etwas“.

Beim abschließenden Votum zum Beschluss „über die Kostenberechnung und die Entwurfsplanung durch das Büro Döllinger“ – so der offizielle Wortlaut in der Tagesordnung – zeigten sich die Stadträte uneins.

Während zwölf Gremiumsmitglieder ihr „Ja“ zum Entwurf über 3,5 Millionen Euro gaben, zeigte sich ein Teil der CSU-Fraktion damit unzufrieden. Petar Tanevski, Hans-Peter Knoll und Klaus Haack votierten gegen den Vorschlag.